

Inhalt:

Flecken auf der Würde des Menschen, Seite 1

Runder Tisch für die Akzeptanz sexueller Vielfalt, Seite 3

Newsletter des Migrationsrats Berlin-Brandenburg

Flecken auf der Würde des Menschen

Der Lärm der Integrationsdebatte hat die Hiebe gegen die Demokratie übertönt: Die Verpflichtung von ca. 4.3 Millionen Menschen zur Abgabe ihrer Fingerabdrücke wurde in der Öffentlichkeit kaum diskutiert.

Berlin, 18.10.10. Der große Lärm mit immer lauterem Schlagworten – Integrationsverweigerer, Bildungsverweigerer, Terrorismus – um die sog. Integrationsdebatte verschluckt den dumpfen Klang heftiger Tritte gegen demokratische Grundwerte.

(http://www.berlin.de/lb/intmig/schlagworte_der_integrationsdebatte_start.html)

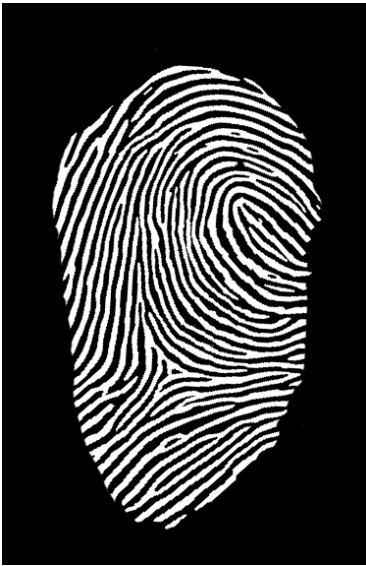
Während einem verwirrten Populisten mit seinem Vintage-Rassismus auf allen Bühnen, Fernsehprogrammen, Radio-sendungen, in Zeitungen, Magazinen, bei Diskussionsrunden und an Stammtischen Platz gemacht wird, verengt sich unmerklich der freiheitlich-demokratische Raum. Dabei ist es doch die freiheitlich-demokratische Grundordnung, die die Basis bundesrepublikanischer Wertevorstellungen stellen sollte. Nun ist ohne nennenswerte öffentliche Diskussion, ohne dass es die meisten Bürger überhaupt mitbekämen eine „Aufenthaltskarte“ für Drittstaatler beschlossen worden: Wer keinen deutschen Pass besitzt muss ab seinem sechsten Lebensjahr, so die Pläne des Innenministers de Maizière, dazu verpflichtet werden bei der Ausländerbehörde seinen Fingerabdruck auf eine Aufenthaltskarte in Checkkarten-

format setzen zu lassen. Ca. 4.3 Millionen Drittstaatler, also Nicht-EU-Bürger, sind davon betroffen. „Illegale Einwanderung“ und „illegale Aufenthalte“ sollen, laut Welt Zeitung, auf diese Weise besser „bekämpft“ werden. Ob solche Maßnahmen zu der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, also zu den bundesrepublikanischen Grundwerten passen, wird kaum thematisiert. Diese Fingerabdrücke hinterlassen Flecken auf der Würde des Menschen.

Die Festung Europa und ihre Bewohner/innen

Einwanderung scheint sich zum zentralen Thema der EU zu entwickeln – zu ihrer Bestandsprobe. Die Auflagen für eine legale Aufnahme sind so hoch angesetzt, dass dies nur noch selten möglich ist. Gleichzeitig werden die EU-Außengrenzen immer schärfer und brutaler überwacht. Seit 2005 ist Frontex (Frontières extérieures), eine in Warschau ansässige Agentur, damit beauftragt die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten an den Außengrenzen zu koordinieren und steht für ihren Mangel an Transparenz und die Missachtung von Menschenrechten unter Kritik: In den letzten fünf Jahren sind laut der Flüchtlingsorganisation Pro Asyl tausende Menschen beim Versuch nach Europa zu gelangen gestorben. Einem Bericht aus der Zeitung Neues Deutschland zufolge wurden im Jahr 2009 25 000 Ankünfte weniger verzeichnet als im Vorjahr.

(<http://www.neues-deutschland.de/artikel/181888.versenkt-menschenrechte.html>)



Diese Tatkraft gegen Migration findet auch ihr ideologisches Pendant: In der „Berliner Erklärung“ zum fünfzigsten Jahrestag der Zusammenführung Europas, unterschrieben vom damaligen Präsidenten des europäischen Parlaments Pötering, der EU-Ratspräsidentin Merkel und dem Kommissionspräsidenten Barroso, heißt es über die „großen Herausforderungen“ der Europäischen Union: „Wir werden den Terrorismus, die organisierte Kriminalität und die illegale Einwanderung gemeinsam bekämpfen.“

(<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,473748,00.html>)

„Illegale“ Einwanderung wird hier in einem Zug mit Terrorismus und Kriminalität genannt, zum ideologischen Feind deklamiert und soll „bekämpft“ werden. Aussagen wie „Multikulti ist tot“ von Horst Seehofer oder der Multikulti-„Ansatz ist gescheitert, absolut gescheitert“ von Merkel wie an diesem Wochenende sind in diesen Kontext zu setzen: Wie soll für „Multikulti“ – was auch immer damit gemeint sein mag – eingetreten werden, wenn es doch eine der „großen Herausforderungen“ der Europäischen Union ist, „illegale Einwanderung (...) zu bekämpfen“?

Von dieser Warte aus betrachtet wundert es nicht, dass ein für so viele Menschen nicht unbedeutender Beschluss wie die „Aufenthaltskarte für Ausländer“ samt der Pflicht zur Abgabe der Fingerabdrücke beinahe stillschweigend durchgesetzt werden kann. Die „Integrationsdebatte“ verstärkt diesen Prozess der schleichen den Entdemokratisierung in doppelter Hinsicht. Erstens entwickelt sich die laute, aber leere Debatte zu einem großen, eigenständigen Ablenkungsmanöver und während über Islam und Leitkultur diskutiert wird, ohne dass irgendjemand genau wüsste, was mit diesen Begriffen gemeint ist, werden die Maßnahmen gegen Flüchtlinge an den Europäischen Grenzen verschärft, kommt es zu Massenabschiebungen und Drittstaatler werden zur Abgabe von Fingerabdrücken verpflichtet. Zweitens wird all dies in An-

betracht des bedrohlichen Bildes, das in der erwähnten Debatte von Migrant/innen und ihren Angehörigen gezeichnet wird, legitim. Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hat die Islamfeindlichkeit in Deutschland seit der Debatte um Sarrazin zugenommen.

(<http://www.sueddeutsche.de/politik/2.220/islam-neue-studie-der-sarrazin-effekt-deutschland-wird-islamfeindlich-1.1010791>)

Das kann nur im Sinne des großen Kampfes gegen („illegale“) Einwanderung sein: Wer bekämpft werden soll, muss einem Feindbild entsprechen. Im Sinne der europäischen Gesellschaften ist es sicherlich nicht: sie werden gespalten.

Deutschland als Motor

Deutschland fällt bei diesem Prozess, in dem die „Rechte der Anderen“ sukzessive beschnitten werden eine sonderbare Stellung zu. Der Journalist und ehemalige Leiter der Flüchtlingshilfsorganisation Cap Anamur, Elias Bierdel, beschreibt 2007 im Deutschlandradio Kultur „die Bundesregierung als Motor dieser Entwicklung“, dabei bezieht er sich auf Äußerungen des damaligen Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble zur „Verteidigung Deutschlands gegen illegale Einwanderer“.

(<http://www.dradio.de/dkulturr/sendungen/thema/611598/>)

Ein anderes Beispiel für Deutschlands Sonderstellung ist die Residenzpflicht für Flüchtlinge – in keinem anderen europäischen Land gibt es diese Regelung.

(www.residenzpflicht.info)

Nun geht die Einführung der Aufenthaltskarte mit Fingerabdrücken nicht auf die Bundesregierung zurück, sondern auf eine Verordnung des Europäischen Rates vom April 2008 zur „einheitlichen Gestaltung des Aufenthaltstitels für Drittstaatenangehörige“. Die neue Regelung soll in allen 27 Mitgliedsstaaten implementiert werden. *(<http://bit.ly/dmOAKT>)*

Laut dem Nachrichtenportal Heise hat die Aufenthaltskarte (auch Ausländerkarte genannt) allerdings eine ältere Ge-

schichte. Sie wurde nämlich 2006 schon von August Hanning, ehemaliger Präsident des BND und damaliger Staatssekretär im Bundesinnenministerium, auf dem achten E12 Gipfel vorgeschlagen. „Mit einer elektronischen Ausländerkarte, die vom Umfang her einer digitalen Aufenthaltsgenehmigung entspricht, aber auch biometrische Merkmale wie Bild und Fingerabdruck enthalten soll, würde Deutschland innerhalb der EU eine Vorreiterrolle spielen“, heißt es in genanntem Bericht.

(<http://www.heise.de/newsticker/meldung/Bundesregierung-will-elektronische-Auslaenderkarteinfuehren-166862.html>)

Die Zivilgesellschaft

In Anbetracht der globalen Tragweite der europäischen Kampferklärung gegen „illegale“ Einwanderung und der Motorrolle, die Deutschland dabei zukommt, ist das zivilgesellschaftliche Engagement hier von besonderer Wichtigkeit. Es gilt sich nicht von einer schiefen wie seichten Debatte einlullen zu lassen und die Liebe gegen die Demokratie, die bei dem ganzen Lärm untergehen, in die Öffentlichkeit zu tragen. *du*

Erster Runder Tisch für „Akzeptanz sexueller Vielfalt“

Nach vermehrten homo- und transphoben Ereignissen wurde von der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales im Oktober 2008 ein Runder Tisch gegen Homophobie einberufen. Der für die jetzige Legislaturperiode beschlossene Haushaltsplan sieht ein finanziell gut ausgestattetes Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Homo- und Transphobie vor: die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt!“. Im Rahmen dieses Maßnahmenpakets findet der Runde Tisch „Akzeptanz sexueller Vielfalt“ statt. Mit der Koordination und der Organisation der Runden Tische wurde der Migrationsrat Berlin-Brandenburg beauftragt. Ziel ist es, vielfältige Akteure konstruktiv und nachhaltig miteinander ins Gespräch zu bringen. Den Dialog fördern heißt dabei vor allem auch über vorhandene Probleme zu sprechen, um auf dieser Grundlage wirksame Strategien zu entwickeln.

Am 11. Oktober 2010 fand der erste von insgesamt sechs Runden Tischen zur Akzeptanz sexueller Vielfalt statt. Eröff-



net wurde er von dem Staatssekretär für Soziales, Rainer-Maria Fritsch. Neben Vertreterinnen und Vertretern unterschiedlicher LSBTI Organisationen waren Migrationsverbände, Opferberatungsstellen, Vertreter/innen der Evangelischen Kirche, der Jüdischen Gemeinde,

Migrationsrat Berlin-Brandenburg

Oranienstr. 34
10999 Berlin

TELEFON:
030 / 61658755

FAX:
030 / 61658756

E-MAIL:
presse@mrbb.de

Herausgeber: MRBB
(v.i.s.d.P.)

Texte von Autor/innen, die nicht in der Redaktion sind, geben ausschließlich die Meinung dieser Autor/innen wieder, genauso, wie Aussagen in Interviews ausschließlich die Meinung der Interviewten wiedergeben.

Redaktion:
Deniz Utlu (du),
Elena Brandalise (eb),
Fakra Fatnasi (ff),
Nuran Yiğit (ny),
Pavao Hudik

Texte können verwendet und vervielfältigt werden, sofern die Quelle angegeben ist.

Über den MRBB

Der Migrationsrat Berlin-Brandenburg (MRBB), ein Dachverband mit 76 Mitgliedsorganisationen, versteht sich als Interessenvertretung von „Migrant/innen“ und ihren Angehörigen und setzt sich für ihre rechtliche, soziale und politische Gleichstellung ein. Themen des MRBB sind u.a. Partizipation, Bildung, Medien und Empowerment. Der Newsletter erscheint monatlich und ist als Informationsmedium an alle direkten oder indirekten Mitglieder und darüber hinaus an Multiplikator/innen und Interessierte gerichtet. Für Mitglieder gibt es monatlich einen Redaktionstag, an dem sie ihre Anliegen für den Newsletter thematisieren können. Artikel können unverbindlich an presse@mrbb.de gesandt werden.

www.mrbb.de

von muslimischen Organisationen sowie der Berliner Verwaltung anwesend. Im Vordergrund dieses ersten Treffens standen insbesondere die Erwartungen und Interessen der Anwesenden mit Blick auf die weiteren Gesprächsrunden. Im Gespräch wurden zahlreiche Themen vorgeschlagen. Dabei standen Fragen im Vordergrund wie z.B.: Was befördert die Akzeptanz sexueller Vielfalt in den unterschiedlichen Communities? Welche Strategien sind dabei erfolgversprechend und wie lassen sie sich auf unterschiedliche gesellschaftliche Teilgruppen übertragen?

Die Erwartungen der Teilnehmenden zielten insbesondere darauf, Vielfalt zu stärken, „nicht sichtbare“ Bereiche in der eigenen Arbeit zu identifizieren und An-

regungen und Hinweise zur Fortführung der eigenen Arbeit mitzunehmen. Darüber hinaus wurde die Notwendigkeit von Partnerschaften besonders betont. Die Vielfalt von Erfahrungen müsse in eine Gesamtstrategie einfließen, um ein entschiedenes gemeinsames Vorgehen gegen Homo- und Transphobie, sowie (Mehrfach-)Diskriminierung zu ermöglichen.

In einem nächsten Schritt legt nun die LADS gemeinsam mit dem MRBB und unter der Einbindung der Teilnehmenden die Inhalte der nächsten Treffen fest.

Angelina Weinbender

Angelina Weinbender ist seit anfang September beim MRBB als Projektkoordinatorin (Projekt: AusbildungsPower: Ausbildung sichern - Abbrüche vermeiden!) angestellt und war zuvor bei ReachOut und Opra-Gewalt tätig. Sie ist aktiv bei KOP - Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt.

